

Mechthild Heil MdB

CDU

Berlin-Info Nr. 2 | 19. Januar 2018



Liebe Leserinnen und Leser,

nach der ersten Sitzungswoche im neuen Jahr warten wir nun gespannt auf die Entscheidung des Bundesparteitags der SPD am kommenden Sonntag über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen.

Die Union steht zu den gemeinsamen Ergebnissen der Sondierungsverhandlungen und bekennt sich zu ihrer Verantwortung für Deutschland. Von den Sozialdemokraten erwarte ich ein klares Bekenntnis zu dieser Verantwortung und ein Ende des parteipolitischen Zwists auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

Ihre

Mechthild Heil MdB | Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Email: mechthild.heil@bundestag.de
Telefon (030) 227 77040
Telefax (030) 227 76423



Web: www.mechthild-heil.de

Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Facebook: www.facebook.com/MechthildHeil

Instagram: www.instagram.com/mechthild_heil

Sven Schubert: Niemals geht man so ganz...

Zum Ende letzten Jahres endete auch meine Arbeit im Berliner Büro von Mechthild Heil nach knapp 3 Jahren. In dieser Zeit konnte ich dazu beitragen, dass der Verbraucherschutz als wichtiges Thema für Bürgerinnen und Bürger weiterentwickelt und dessen Wahrnehmung in der Fraktion erhöht wurde. In vielen Fällen und Gesetzgebungsverfahren konnten wir den Bürgerinnen und Bürgern helfen, die Herausforderungen der neuen, digitalisierten Welt zu meistern. Ich habe mich bei meiner abwechslungsreichen, spannenden und interessanten Arbeit besonders darüber gefreut, dass sich unsere Idee eines Verbraucherschutzes, der direkt am Menschen ansetzt und die digitalen Möglichkeiten für ihn nutzbar macht, im Regierungsprogramm wiedergefunden hat. Die mündige, digital gestützte Wahrnehmung eigener Rechte ist ein Beispiel für den Verbraucher, der auf Augenhöhe mit Unternehmen ist - und gerade kein bevormundender Verbraucherschutz von oben herab. Mit dem Verbraucherleitbild der Fraktion haben wir einen Anker für eine pragmatische, an den tatsächlichen Schwierigkeiten und Problemen der Bürgerinnen und Bürger orientierte Verbraucherpolitik gefunden. Ebenso wie in der verbraucherpolitischen Auseinandersetzung steht für Frau Heil im Büroalltag der Mensch im Mittelpunkt. Deshalb bin ich froh, in dieser schönen, lehrreichen und politisch bewegenden Zeit Teil ihres Teams mit tollen Kollegen gewesen zu sein. Ich wünsche Frau Heil und ihren Mitarbeitern auch weiterhin viel Erfolg, Ausdauer und eine glückliche Hand für die kommenden Herausforderungen.



Parlamentsarbeit in Berlin

Obwohl der Ausgang der Regierungsbildung noch offen ist, hat der Bundestag in dieser Woche weitere Schritte zur ordentlichen Parlamentsarbeit gemacht. Wir haben die Einsetzung aller Ausschüsse beschlossen und zwar in dem Aufgabenzuschnitt, wie er in der letzten Legislaturperiode war. Traditionell orientiert sich der Zuschnitt der Parlamentsausschüsse an den Arbeitsbereichen der Bundesministerien, weshalb in der Vergangenheit für diesen Schritt die Regierungsbildung abgewartet wurde. Das Parlament wollte jetzt aber die komplette Arbeitsfähigkeit sicherstellen und ist deshalb diesen Weg gegangen. Sollte sich im Laufe der Regierungsbildung der Zuschnitt der Ministerien ändern, müssten wir die Ausschüsse eben noch einmal anpassen. In der nächsten Sitzungswoche werden sich die Ausschüsse nun konstituieren, so dass spätestens dann auch die neuen Abgeordneten wissen werden, in welchen Bereichen sie zukünftig arbeiten.

Untersuchungsausschuss

Der Bundestag hat auch bereits einen ersten Untersuchungsausschuss für die neue Legislaturperiode eingesetzt. Das Parlament will darin die Versäumnisse von Ausländer- und Sicherheitsbehörden im Falle des Terroranschlags auf dem Breitscheidplatz in Berlin untersuchen. Dazu gibt es bereits Untersuchungsausschüsse in den Länderparlamenten in Berlin und Nordrhein-Westfalen. Wir wollen aber auch aus der bun-

despolitischen Sicht noch einmal prüfen, warum der Täter trotz frühzeitiger Warnhinweise seine feige Tat begehen konnte und wie sich aus dieser Erfahrung die Terrorprävention weiter verbessern lässt.

Parlamentarisches Kontrollgremium

Darüber hinaus haben wir die Mitglieder für das Parlamentarische Kontrollgremium gewählt, mit dem der Bundestag die Geheimdienste kontrolliert. Die Kollegen können jetzt die Arbeit von ihren Vorgängern aus der letzten Legislaturperiode übernehmen. Der Kandidat der AfD hat dabei zunächst im Plenum keine Mehrheit gefunden. Unsere Fraktionsführung hatte vor der Wahl betont, dass der AfD ein Sitz in dem Gremium zusteht und wir das auch nicht bestreiten – nicht zuletzt um die AfD nicht in ihrer „Opferpose“ zu bestärken. Trotzdem konnten sich im ersten Wahlgang nur wenige Abgeordnete außerhalb der AfD-Fraktion dazu durchringen, deren umstrittenem Kandidaten ihre Stimme zu geben.

Verfahrenstricks

Tatsächlich trägt die AfD ihre populistische Attitüde ungebremst auch in das Parlament und hemmt damit die Arbeit ohne sachlichen Grund. So zu beobachten gestern Abend um 22.30 Uhr. Bei den allerletzten Tagesordnungspunkten wird zunächst eine Vorlage einstimmig, also auch mit den Stimmen der AfD, in die Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen. Plötzlich zweifelt die AfD-Fraktion jedoch die Beschlussfähigkeit des Plenums

an. Die daraufhin durchgeführte Überprüfung der Beschlussfähigkeit ergibt, dass sich nur knapp die Hälfte der Abgeordneten im Plenarsaal befindet und die Sitzung kurz vor den letzten Beschlüssen nun vorzeitig beendet werden muss, was eine Vertagung der restlichen Tagesordnung auf einen späteren Sitzungstag bedeutet.

Man muss dazu wissen, dass es im Bundestag, wie in jedem sog. Arbeitsparlament, üblich ist, dass bei einzelnen Fachthemen sich nur die zuständigen Fachleute im Plenarsaal befinden und nicht das gesamte Haus. Anders wäre für die Abgeordneten die Arbeit außerhalb des Plenarsaals, also z.B. in den Ausschüssen, die Abstimmungsgespräche zu Gesetzentwürfen, die Treffen mit Besuchergruppen, das Durchführen von Interviews, auch nicht zu schaffen. Mit der Grünen Woche findet zudem momentan in Berlin die wichtigste Messe für den ländlichen Raum statt, bei der die Bundestagsabgeordneten gerade für Abendveranstaltungen sehr gefragt sind. Es war also klar, dass viele Abgeordnete, deren Fachthemen gestern Abend im Plenum nicht vorkamen, sich auf dem Messegelände befinden würden. Trotzdem und obwohl die AfD nicht einmal inhaltlich etwas an den beratenen Tagesordnungspunkten auszusetzen hatte, werden solche Verfahrenstricks gewählt, nur mit einem Ziel: In der Öffentlichkeit den falschen Eindruck zu erwecken, dass im Bundestag etwas nicht stimmen würde. Das ist genau die Art von Populismus, die geeignet ist, die politische Kultur in Deutschland nachhaltig zu beschädigen!

Wir sind zu Koalitionsverhandlungen bereit

Wir haben die Sondierungsgespräche mit der SPD nach intensiven Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen. Mit dem 28-seitigen Sondierungspapier ist eine gute Grundlage für eine erneute Zusammenarbeit für die nächsten vier Jahre gelegt. Nachdem wir in der Fraktion, aber auch in den Parteigremien von CDU und CSU, eine breite Zustimmung zu diesem Ergebnis gefunden haben, wird die SPD am kommenden Sonntag darüber auf einem Parteitag beraten. Das Sondierungsergebnis ist ein Geben und Nehmen für beide Seiten – auch uns ist einiges schwergefallen wie etwa die Absicherung des Rentenniveaus bis 2025 auf dem heutigen Niveau von 48 %, die Wiedereinführung der Parität bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung oder das Recht auf befristete Teilzeit in begrenzter Form in Unternehmen ab 45 Mitarbeitern.

An dem Kompromiss, den wir am 12. Januar vorgestellt haben, gibt es nichts mehr nachzuverhandeln. Wir sind alle aufgerufen, nach vorne zu schauen und uns an die Arbeit zu machen. Es geht um die Modernisierung Deutschlands bei einer Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft, indem wir die innere, äußere und soziale Sicherheit ausbauen – das ist unsere Agenda für die kommenden vier Jahre.

Antisemitismus bekämpfen

Hass und Ablehnung gegen Menschen jüdischen Glaubens aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer Abstammung ist gerade für uns Deutsche uner-

träglich. Auf Initiative unserer Fraktion nehmen wir den bevorstehenden Holocaust-Gedenktag am 27. Januar zum Anlass, um vor dem Hintergrund erschreckender antisemitischer Vorfälle in jüngster Zeit mit einem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen ein klares Zeichen gegen jede Form von Antisemitismus in unserem Land zu setzen.

In Deutschland existiert nach wie vor ein nicht akzeptables Maß an Antisemitismus. Der größte Teil der antisemitischen Delikte ist weiterhin rechtsextrem motiviert. Wir erleben, dass dazu verstärkt ein arabischstämmiger Antisemitismus tritt, wie jüngst bei antiisraelischen Kundgebungen vor dem Brandenburger Tor, dem wir uns klar und deutlich entgegenstellen – gleichgültig, ob er strafbar ist oder nicht. Wir werden einen durch Zuwanderung erstarrenden Antisemitismus ebenso wenig dulden wie bestehende Formen des Antisemitismus in Deutschland. In diesem Zusammenhang wollen wir das Straf- und Versammlungsrecht prüfen, ob es ausreichende Handhabe gegen das Verbrennen israelischer Fahnen und antisemitische Ausschreitungen im Rahmen von Versammlungen gibt. Auch setzen wir uns für die Einrichtung eines Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung ein, der Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus koordinieren soll.

Meilenstein deutsch-französischer Freundschaft

Der 22. Januar 2018 ist der 55. Jahrestag der Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrags („Élysée-Vertrag“) durch Bundeskanzler Konrad Adenauer und Präsident Charles

de Gaulle. Dieser Vertrag und die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich stellen eine der überragenden Leistungen des französischen Staatspräsidenten und des deutschen Bundeskanzlers nach einem Jahrhundert mit drei Kriegen zwischen beiden Ländern dar. Die Präsidien des Deutschen Bundestags und der Französischen Nationalversammlung haben entschieden, an diesem Tag Sondersitzungen der beiden Parlamente einzuberufen. Vormittags tagt der Bundestag in Berlin, am Nachmittag die Nationalversammlung in Paris. In der Debatte im Bundestag wird dabei der Präsident der Nationalversammlung François de Rugy sprechen, in der Debatte in Paris Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble.

Wir werden eine gemeinsame Resolution der beiden Parlamente verabschieden, mit der wir die Bundesregierung und die französische Regierung auffordern, einen erneuerten Élysée-Vertrag zu erarbeiten.

Einsetzung von Ausschüssen

Mit unserem Einsetzungsantrag definieren wir die Aufgaben und die Größen der ständigen Ausschüsse. Neben Ausschüssen mit besonderem parlamentarischen Bezug wie dem Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung werden Fachausschüsse eingesetzt, die vor allem für die Gesetzgebungsarbeit wichtig sind. Dabei entspricht jedem Ressort ein Ausschuss. Das gewährleistet eine optimale und stringente Kontrolle und Begleitung des Regierungshandelns. Diesem Muster folgen auch Ausschüsse für Ressort-Teilbereiche wie Tourismus oder Sport.

Besuch aus Nickenich

Am Dienstag hat mich Frau Maria Müller aus Nickenich im Bundestag besucht. Frau Müller ist gelernte Floristin und nimmt am TOP Kurs der Andreas Hermes Akademie teil. Dieser Kurs dient der Qualifikation und Persönlichkeitsbildung von Nachwuchskräften im Agrarbereich. Aufgrund der Internationalen Grünen Woche besuchen die Teilnehmer in dieser Woche Berlin. Ich hatte ein sehr interessantes Gespräch mit Frau Müller und wünsche Ihr noch eine tolle Zeit auf der Grünen Woche und in Berlin.



Daten und Fakten

55 Jahre Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW) – ein Erfolg deutsch-französischer Zusammenarbeit.

Seit der im Élysée-Vertrag vereinbarten Gründung im Jahr 1963 hat das DFJW mittlerweile über 8,4 Millionen jungen Deutschen und Franzosen die Teilnahme an etwa 320.000 Austauschprogrammen und Begegnungen ermöglicht. Mittlerweile nehmen jedes Jahr etwa 200.000 Jugendliche aus beiden Staaten an den ca. 9.000 Projekten des DFJW teil, die zu gleichen Teilen von der deutschen und französischen Regierung gefördert werden. Dieser rege Austausch leistet einen großen Beitrag zur Intensivierung der Beziehungen zwischen jungen Menschen in Deutschland und Frankreich sowie zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses der Kultur des Nachbarlandes. Die Diensträume des DFJW wurden ursprünglich in Rhöndorf bei Bonn eröffnet, dem damaligen Wohnort Konrad Adenauers – heute befinden sie sich in Berlin.

Quelle: Deutsch-Französisches Jugendwerk ●

Deutsche Wirtschaft wächst auch im Schlussquartal 2017 kräftig. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland legte im vergangenen Jahr um insgesamt 2,2 Prozent zu. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Jahr in Folge gewachsen und erreichte den stärksten Wirtschaftsaufschwung seit 2011. Getragen wurde die gute konjunkturelle Lage vor allem von der Kaufkraft der Verbraucher und den gestiegenen Investitionen vieler inländischer Unternehmen. Zugleich sorgte die Erholung der Weltwirtschaft für steigende Nachfrage nach Produkten «Made in Germany», so dass Deutschlands Exporteure um 4,7 Prozent höhere Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen verbuchen konnten als noch im Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt ●

Deutsche Firmen gehen optimistisch ins Jahr 2018. Über zwei Drittel der vom Institut der deutschen Wirtschaft befragten Branchenverbände erwarten für ihre Unternehmen im kommenden Jahr eine höhere Produktion. Außerdem sprechen 26 der 48 regelmäßig zur Jahreswende befragten Verbände von einer besseren Wirtschaftslage im Vergleich zum Vorjahr. Während zur Jahreswende 2016/2017 noch neun Verbände die aktuelle Wirtschaftslage schlechter als vor einem Jahr einschätzten, hat sich diese Zahl nun auf nur noch zwei Verbände reduziert. Als entscheidende Faktoren für die gute Geschäftslage und die positive Umsatzentwicklung der meisten Industriebranchen sind neben der anziehenden Welt- und Konsumkonjunktur die im Jahresverlauf 2017 wieder gewachsenen Inlandsinvestitionen zu benennen. Die positive Investitionsentwicklung wird aller Voraussicht nach anhalten: So erwarten 24 Verbände im Jahr 2018 höhere Ausgaben ihrer Firmen.

Quelle: IW Köln ●